

Peter Hübner

Im Parteiauftrag: Herbert Warnke an der Spitze des FDGB

Die Frage nach den Prägungen, Funktionen und Leitbildern der deutschen Gewerkschaftselite in der Nachkriegszeit wirft angesichts des Besatzungsalltags seit 1945 und der rasch fortschreitenden Teilung des Landes einige Probleme auf. Ist es gerechtfertigt, von einer Gewerkschaftselite zu sprechen oder wäre hier eher der Plural am Platze? War das, was in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) entstand, auch dann noch eine Gewerkschaft, als dieser sich der politischen Führung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) unterwarf? Trifft der Elite-Begriff die Realität an der Spitze dieser Großorganisation? Solche Aspekte wurden schon wiederholt und in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert.¹ Aber eine ebenso eindeutige wie überzeugende Antwort darauf hat es bis heute nicht gegeben und kann es vielleicht auch nicht geben. Zu widersprüchlich sind die Erscheinungsbilder des FDGB und mehr noch der unter seinem Dach vereinten Gewerkschaften und Industriegewerkschaften. Schon aus diesem Grund lohnt es, die eingangs erwähnte Frage nicht nur auf die westdeutsche Gewerkschaftsentwicklung und ihre Protagonisten zu fokussieren, sondern sie – durchaus in vergleichender Absicht – auch auf die FDGB-Spitze in der SBZ und DDR auszuweiten.

Zum Forschungsstand

Eine der hier agierenden Schlüsselfiguren war Herbert Warnke. Von 1948 bis 1975 wirkte er als 1. Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes. Trotz oder gerade wegen ihrer langen Dauer erscheint diese Karriere auf den ersten Blick wenig spektakulär. Bei genauerer Betrachtung offenbart sie jedoch bemerkenswerte Spannungen und Widersprüche. Allerdings stößt man beim Versuch sehr bald an Grenzen, von den hierfür maßgebenden Prägungen und Leitbildern sowie vom Selbstverständnis dieses Mannes ein klareres Bild zu gewinnen. Beim gegenwärtigen Forschungsstand bleiben die Konturen eher verschwommene. Eine kritische Warnke-Biographie existiert bislang nicht. In der DDR gelangte man über eine „biographische Skizze“ nicht hinaus.² Auch die zur Geschichte des FDGB vorliegenden Darstellungen sind im Hinblick auf die Person Herbert Warnkes nicht sonderlich ergiebig. Das trifft auf

- 1 Vgl. u. a. Jürgen Danyel: Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 67–95; Sebastian Simsch: „... was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind“. Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945–1951, in: ebd., S. 241–253; Frank Ettrich: Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, in: Heinrich Best/Stefan Hornbostel (Hg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Historische Sozialforschung (Sonderheft) 28 (2003) 1–2, S. 31–56.
- 2 Heinz Deutschland/Alfred Förster/Ernst Egon Lange: Vertrauensmann seiner Klasse: Herbert Warnke. Eine biographische Skizze, Berlin 1982.

die vom Bundesvorstand des FDGB veranlasste und 1982 erschienene Geschichte des FDGB in besonderem Maße zu.³ Auch Ulrich Gill vermochte in seinem Längsschnitt zur Geschichte des FDGB der Person Warnkes nicht viel abzugewinnen.⁴ Ähnlich erging es Detlev Brunner und Helke Stadtland, die profunde Untersuchungen zur Frühgeschichte des FDGB in der SBZ und DDR vorgelegt haben.⁵ Die Biographie Warnkes blieb weiterhin ein unterbelichtetes Forschungsfeld. Auch die zuvor schon von Rainer Eckert, Peter Hübner und Friederike Sattler für die Enquête-Kommission des Bundestages vorgelegten Studien zur Rolle des FDGB im politischen und sozialen System der DDR hatten daran kaum etwas geändert, sie unterstreichen das Forschungsdefizit eher noch.⁶ Eine von Wolfgang Eckelmann, Hans-Hermann Hertle und Rainer Weinert 1990 vorgelegte Dokumentenedition illustriert u. a. einzelne Entwicklungsstationen der FDGB-Geschichte, in denen auch Herbert Warnke agierte.⁷ Zur Person ist darin aber so gut wie nichts gesagt.

Wo Warnke auch in historischen Darstellungen zur Geschichte der DDR und des FDGB auftaucht, bleibt sein Bild merkwürdig blass. Sein Name steht eher für eine Funktion, die überdies in der Machthierarchie der SED-Diktatur nicht sonderlich attraktiv war. Zudem „funktionierte“ Warnke während seiner langen Amtszeit relativ geräuschlos. Dies entsprach vielleicht seinem etwas spröden Naturell, das ein öffentliches Desinteresse geradezu provozierte. Ganz anders als etwa der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley,⁸ der nicht zuletzt als „Reichstrunkenbold“ Aufmerksamkeit beanspruchte, blieb die Person Herbert Warnke weitgehend hinter ihrer Funktion verborgen.

Karrierestationen

Auskunft darüber, welchen Prägungen Warnke im Laufe seines Lebens ausgesetzt war, welchen Leitbildern er folgte, und was sein Funktionsverständnis ausmachte, lässt sich aus den bekannten biographischen Angaben nur sehr bedingt gewinnen. Gleichwohl zeigt eine Übersicht der wichtigsten biographischen Daten die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik, das schwedische Exil und den Aufbau des FDGB in den ersten Nachkriegsjahren als die prägendsten Perioden dieses Lebens.

3 Heinz Deutschland u. a.: Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1982.

4 Ulrich Gill: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), Opladen 1989.

5 Detlev Brunner: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000; Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953, Essen 2001.

6 Rainer Eckert: Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II.2: Macht, Entscheidung, Verantwortung, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1243–1300; Peter Hübner: Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag des DDR-Bürgers, in: ebd., Bd. II.3, S. 1723–1769; Friederike Sattler: Die Funktion der Massenorganisationen, in: ebd. Bd. II.4, S. 2639–2691.

7 Wolfgang Eckelmann/Hans-Hermann Hertle/Rainer Weinert: FDGB intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin 1990.

8 Ronald Smelser: Robert Ley: Hitler's Labor Front Leader, Oxford u. a. 1988.

Warnke, Herbert (1902–1975)

Geb. am 24. Februar 1902 in Hamburg, Vater Maurer, Mutter Gemüsehändlerin. 1908–1916 Volksschule, 1916–1919 Bankbote, 1919–1920 Bote bei einer Buchhandlung, 1920–1924 Ausbildung zum Nieter und 1924–1930 Beschäftigung auf der Werft Blohm und Voß in Hamburg. 1923 Eintritt in die KPD, untere Parteifunktionen, 1924 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbands (1929 ausgeschlossen), 1927 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Wasserkante, Referent an der Marxistischen Arbeiterschule, 1929–1930 Betriebsratsvorsitzender bei Blohm und Voß, 1930–1931 arbeitslos, 1931–1933 hauptamtlicher Sekretär des Bezirkskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in Bremen und Sekretär für Gewerkschaftsfragen bei der KPD-Bezirksleitung Weser-Ems. 1932 Eheschließung mit Helene Dannat, 1932/1933 Mitglied des Reichstags, 1933–1935 Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale in Saarbrücken und Paris, 1933 Aufenthalt in Moskau, 1936–1938 Mitglied der KPD-Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen, 1938 Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft, in Schweden Leitung der kommunistischen Emigranten, 1939–1943 Haft und Internierung im schwedischen Långmora, dort Mitglied der illegalen KPD-Leitung, 1943 Mitglied der Landesgruppe der Deutschen Gewerkschaften, Landesvorstand des Freien Deutschen Kulturbunds, politische Arbeit unter Militäreflüchtlingen. Dezember 1945 Rückkehr nach Deutschland, seit Februar 1946 Vorsitzender des FDGB-Landesvorstands Mecklenburg, Mitglied des FDGB-Bundesvorstands, seit 1946 Mitglied der SED, 1946/1947 Leiter der Hauptabteilung Organisation beim Bundesvorstand des FDGB, 1948/1949 Mitglied des Deutschen Volksrats, Oktober 1948–1975 Erster Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstands, 1949–1975 Mitglied des SED-Parteivorstands und des ZK, 1949–1953 Mitglied des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), 1949–1975 Mitglied der Volkskammer, 1950 Mitglied des Nationalrats der Nationalen Front, 1950–1953 Mitglied des Sekretariats, 1952 (1953?) Ehescheidung und zweite Ehe mit Elisabeth Senske, Juli 1953 Kandidat und 1958 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1953–1969 Vizepräsident des WGB, 1955 Vaterländischer Verdienstorden in Gold, 1962 Karl-Marx-Orden, 1967 Lenin-Friedenspreis, seit 1969 Mitglied des Büros des Generalsrats des WGB, Stern der Völkerfreundschaft, 1971–1975 Mitglied des Staatsrats, 1972 Lenin-Orden. Gest. am 26. März 1975 in Berlin.⁹

Bemerkenswert an diesem Werdegang ist der ohne Umwege vollzogene Eintritt in die KPD. Nachkriegskrise und Inflation dürften diese Entscheidung begünstigt haben. Es war eine Zeit der Radikalisierungsschübe nach „rechts“ und „links“. Warnke ist in der Hamburger KPD relativ frühzeitig in den engeren Umkreis Ernst Thälmanns gelangt, an dem er nach späterem Bekunden die Fähigkeit bewunderte, „dass er genau wusste, was die Arbeiter dachten und fühlten“.¹⁰ Von seiner Heimatstadt aus machte Herbert Warnke bereits in jungen

9 Quellen: Herbert Warnke: Arbeiterklasse und Gewerkschaften. Aus Reden und Schriften 1945–1952, Berlin 1953; Deutschland u. a.: Vertrauensmann; Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, hrsg. v. Jochen Černý, Berlin 1992.

10 Herbert Warnke: Er wusste, was die Arbeiter dachten und fühlten, in: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1963, S. 210 f. Nebenbei bemerkt, ist diese 1963 veröffentlichte Sequenz vielleicht als ein warnender Fingerzeig an Walter Ulbricht und seine Reform-Equipe

Jahren eine schnelle politische Karriere, sowohl auf der Parteischiene, als auch in der von der Kommunistischen Internationale initiierten Sammlung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO). 1932, im Alter von 30 Jahren, zog er als Abgeordneter der KPD in den Reichstag ein. Bis dahin lag sein Hauptaufgabengebiet im Raum Hamburg und Bremen-Unterweser. Während die KPD in Hamburg mit 16 bis 18 Prozent der Wählerstimmen relativ stark war, blieb Bremen-Unterweser bis zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 sozialdemokratisch dominiert. Die KPD verharrte dort während der Weimarer Zeit bei 6 bis 7 Prozent, lediglich im November 1932 gelang ihr ein Sprung über 10 Prozent.¹¹ Es mag sein, dass die unter diesen Bedingungen gewonnenen politischen Erfahrungen sowie die daraus resultierenden Abgrenzungen oder Affinitäten bei Warnke in gewissem Maße prägend wirkten.

Mindestens ebenso bedeutsam dürfte aber das zwölfjährige Exil gewesen sein. Abgesehen von einem kurzen Moskau-Aufenthalt im Spätherbst 1933 hielt er sich während der NS-Zeit in West- und Nordeuropa auf, eingebunden ins Netzwerk der kommunistischen Westemigration. In Schweden beteiligte er sich seit 1943 an gewerkschaftlichen Diskussionen zur Nachkriegsordnung in Deutschland. Dies dürfte als eine wichtige Stufe zur späteren Karriere zu betrachten sein.

Nach der Rückkehr aus dem Exil im Dezember 1945 erfolgte in nicht einmal drei Jahren Warnkes rascher Aufstieg an die Spitze des FDGB. Aus der sogenannten „Westemigration“ heraus war das allerdings keine Selbstverständlichkeit. Es wäre näherer Betrachtung wert, inwieweit dabei der etwas jüngere Karl Mewis eine Rolle spielte, der 1940–1942 Vorsitzender und nach der Internierung 1944 Mitglied der KPD-Landesleitung und der Freien Deutschen Gewerkschaften in Schweden war. Allerdings scheint Warnke den Weg nach oben mit einer gewissen Reserve beschritten zu haben. Seit Februar 1946 an der Spitze des FDGB Mecklenburg stehend, folgte er der von Hans Jendretzky und vom Parteivorstand der SED vertretenen Forderung, im Bundesvorstand die Leitung der Hauptabteilung I (Organisation) zu übernehmen, erst nach einigem Zögern.¹²

Auf dem Weg nach oben

In Berlin setzte der nächste und entscheidende Karriereschub für Herbert Warnke ein, als sich im Bundesvorstand des FDGB die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Gewerkschaften und SED zuspitzten. Während in den Ländern der SBZ der Druck auf diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre zunahm, die sich einer Unterordnung unter die SED verweigerten, kamen in der Bundesvorstandssitzung vom 5.–7. Oktober 1948 die kontroversen Positionen noch einmal deutlich zur Geltung.¹³ Der FDGB-Vorsitzende Hans Jendretzky

zu deuten, die gerade dabei waren, das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖS) in Gang zu setzen, ohne sich sonderlich um dessen soziale Nebenwirkungen zu kümmern.

11 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 542.

12 Deutschland u. a.: Vertrauensmann, S. 98 f.

13 Brunner: Sozialdemokraten, S. 302.

sprach bei dieser Gelegenheit zwar von der „Umformung der Verhältnisse [...] in der Richtung zum Sozialismus“ und von den Gewerkschaften „als Kampforganisation für den Aufbau einer wirklichen Demokratie“, doch fiel auch der Satz: „Jawohl, wir stehen auf dem selbstverständlichen Boden der Toleranz und der parteipolitischen Neutralität.“¹⁴ Die Dinge waren also noch halbwegs in Fluss, während die SED-Führung alles unternahm, um den FDGB auf Parteikurs zu bringen.¹⁵ Unter diesem Aspekt bot die Wahl Jendretzkys zum Vorsitzenden der SED-Landesleitung Groß-Berlin Gelegenheit zum Revirement an der Spitze des FDGB.

Am 25. Oktober 1948 bat Jendretzky unter Hinweis auf seine neue Aufgabe um Entbindung vom Amt des 1. Vorsitzenden des FDGB. Noch am gleichen Tag folgte der Geschäftsführende Bundesvorstand einem Vorschlag seines Mitglieds Walter Ulbricht und wählte Herbert Warnke zum Nachfolger.¹⁶ Damit rückte dieser ins Gravitationszentrum der politischen Auseinandersetzungen um die zukünftige Rolle des FDGB. In seiner kurzen Antrittsrede setzte er keine neuen Akzente, sondern referierte lediglich die aktuellen Positionen der SED: Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion, Durchsetzung des progressiven Leistungslohnes, Bindung der Sozialpolitik an die Planerfüllung.¹⁷

In dieser spannungsgeladenen Zeit hat Warnke im Bundesvorstand stets Ulbrichts Linie vertreten, der den FDGB vorrangig als Organisator von Produktionskampagnen betrachtete.¹⁸ Um in diesem Punkt eine Entscheidung zu erzwingen, war Warnke noch vor seiner Wahl ins Spitzenamt des FDGB aktiv geworden. Auf seine Initiative ging die am 25./26. November 1948 tagende Bitterfelder Konferenz des FDGB zurück.¹⁹ Mit dem dort gefassten „Beschluss über die Übertragung aller Rechte und Pflichten aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 auf die Betriebsgewerkschaftsleitung“ wurde die Ausschaltung der Betriebsräte bewerkstelligt.²⁰ Während die SED fortan im Sinne der leninistisch-stalinistischen Revolutionsauffassung ihre Umwandlung zur „Partei neuen Typus“, also zur streng zentralistisch organisierten Kaderpartei betrieb, wies sie dem FDGB eine „Transmissions“-Funktion für ihre eigene Politik zu und forderte ihn auf, „die Gewerkschaften zu Schulen der Demokratie und des Sozialismus“ zu machen.²¹ Warnke trieb diese Entwicklung nach Kräften

14 Protokoll der 8. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vom 5.–7. Oktober 1948, Diskussion zum Referat von Hans Jendretzky „Die neuen deutschen Gewerkschaften und der 9. November 1918“, SAPMO-BA, DY-34, 6804.

15 Vgl. Brunner: Sozialdemokraten, S. 267–301.

16 Protokoll der 9. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vom 25. Oktober 1948, SAPMO-BA, DY-34, 6804; Geschichte des FDGB, S. 296 f.; Eckelmann: Innenansichten, S. 14.

17 Protokoll der 9. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vom 25. Oktober 1948, SAPMO-BA, DY-34, 6804.

18 Vgl. Walter Ulbricht: Gewerkschaften und Zweijahrplan, Berlin 1948.

19 Brunner: Sozialdemokraten, S. 303.

20 Vgl. Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, hrsg. und eingeleitet von Detlev Brunner, Essen 1996, S. 37–67; 206 f.

21 Für Frieden, Einheit und Aufbau. An den 3. Bundeskongress des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,

voran.²² Er war sich dabei der Vorbehalte und Widerstände in der Mitgliedschaft völlig bewusst. Entsprechende Äußerungen Warnkes und seine Diagnose „starke(r) Mängel in der Ideologie der Arbeiterschaft“ wirkten eher nüchtern-konstatierend, aber nicht pejorativ.²³ Helke Stadtland hat in dem Zusammenhang und mit Blick auf den hauptamtlichen Funktionärapparat von SED und FDGB angemerkt, dass „das Sendungsbewusstsein der selbsternannten Elite [...] sich oftmals mit einer latenten Verachtung derjenigen (paarte), die in eine bessere Zukunft geführt werden sollten“.²⁴ Ob dieser vielfach belegte Befund so auf Warnke zutrifft, bleibt zu bezweifeln. Seine Sicht auf die Mitgliedschaft des FDGB war zwar durchaus kritisch, doch lassen viele seiner öffentlichen Äußerungen erkennen, dass er stark auf politische Erziehung setzte.

Herbert Warnke begriff sich in erster Linie als kommunistischer Parteifunktionär. Die Transformation des FDGB zur Massenorganisation der SED nahm er als eine politische Aufgabe im Parteiauftrag wahr. In diesem Punkt glich seine Karriere der seines älteren Bruders Johannes (Hans) Warnke. Dieser war nach anfänglicher Mitgliedschaft in SPD und USPD 1920 zur KPD übergetreten und hatte sich bis 1933 in Mecklenburg kommunal- und landespolitisch engagiert. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging er in den Widerstand, wurde verhaftet und von 1939 bis 1945 im KZ Sachsenhausen festgehalten. Danach rückte er als Erster Vizepräsident und Innenminister „für mehrere Jahre zum Zentrum der politischen Herrschaft“ in Mecklenburg-Vorpommern auf.²⁵ Ihm sind Ehrgeiz und Machtgospür bescheinigt worden, obwohl er sich im Landesapparat der SED wenig engagierte. In den fünfziger Jahren war er Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock, wurde dann aber auf Ämter in der See- und Hafenwirtschaft abgeschoben. Gemeinsam war den unterschiedlichen Karrierewegen der beiden Brüder: Formal führten sie aus der unmittelbaren Partearbeit heraus. Parallel dazu hatten beide aber auch einflussreiche Parteifunktionen inne: Herbert Warnke im Parteivorstand und Politbüro der SED, Johannes Warnke im Parteivorstand und im Zentralkomitee sowie in der Bezirksleitung Rostock der SED. Dies war die typische Konfiguration, in der „Partearbeiter“ der SED in Verantwortungsbereichen des Staates, der Wirtschaft, der Massenorganisationen usw. tätig wurden, gewissermaßen als die personifizierte Führungsrolle der Partei.

Bd. 3, Berlin 1951, S. 218–220, hier 220. Dieser Aufgabenwandel im Sinne der Bitterfelder Konferenz war auch zuvor schon Gegenstand einer Funktionärskonferenz des FDGB-Bundesvorstandes am 1. und 2. November 1949 in Cottbus. Vgl. aus der Arbeit des FDGB 1947–1949, Berlin 1950, S. 428.

22 Stadtland: Herrschaft nach Plan, S. 391 f.

23 Herbert Warnke: Lehren der Volkswahlen und die weiteren Aufgaben der Gewerkschaften. Referat auf der 2. Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB am 9./10. November 1950, SAPMO-BA, DY 34, 6808, Bl. 26.

24 Stadtland, Herrschaft nach Plan, S. 392.

25 Damian van Melis: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999, S. 51.

An der Spitze des FDGB

In dieser Hinsicht bediente Herbert Warnke als FDGB-Vorsitzender alle Erwartungen. Zunächst zeigt ein Blick auf seine frühe Amtsperiode mit den Auseinandersetzungen um Aktivisten- und Wettbewerbsinitiativen, Leistungslöhne, Betriebsgewerkschaftsleitungen, Betriebskollektivverträge sowie um den 17. Juni 1953 Stationen einer Konfliktgeschichte, in der Warnke die Linie der SED-Führung durchaus mit Härte verfolgte. Immer wieder wurde dabei deutlich, wie sich sein Gewerkschaftsverständnis aus der Parteiperspektive heraus definierte. Aus diesem Grund, und nicht weil gewerkschaftsspezifische Argumente den Ausschlag gaben, stand das Modell der Einheitsgewerkschaft für ihn nie in Frage. Dabei mochten vielleicht auch die problematischen Erfahrungen eine Rolle gespielt haben, die er in den frühen dreißiger Jahren während seiner Bremer Zeit als Bezirkssekretär der RGO machen musste. Im Hinblick auf das Ziel, den FDGB zu einer Massenorganisation der SED umzuwandeln, bot die Einheitsgewerkschaft jedenfalls klare strukturelle Vorteile. Der FDGB sollte jene Funktionen erfüllen, die Lenin im Dezember 1920 mit den Stichworten *erzieherische Organisation, Schule des Kommunismus, Verbindung der Avantgarde mit den Massen, Reservoir der Staatsmacht, Reihe von Zahnrädern, Transmissionen* umrissen hatte.²⁶

Inwieweit dieses Ziel erreicht wurde, steht auf einem anderen Blatt. Allerdings ist zu fragen, ob die Transformation des FDGB zur Massenorganisation der SED durch eine Mitglieder- und Funktionskontinuität begünstigt wurde, die aus der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in den neuen Gewerkschaftsbund führte.²⁷ Der Befund einer solchen Kontinuität an sich ist trivial, denn wenn der FDGB eine starke Mitgliederorganisation werden sollte, blieb im Wesentlichen nur der Rückgriff auf das Reservoir der ehemaligen DAF-Mitglieder. Diese Voraussetzung wurde bei der raschen Genehmigung von Gewerkschaftsgründungen nach dem SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 und bei der Bildung eines Vorbereitenden Gründungsausschusses in der SBZ unter Vorsitz von Walter Ulbricht in Rechnung gestellt. Schließlich gab die FDGB-Führung auf der Cottbuser Konferenz im November 1949 ihre bisherige Position auf, keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder als Funktionäre einzusetzen.²⁸ Ob allerdings ein DAF-Erfahrungshintergrund der Mitglieder in den folgenden Jahren die Akzeptanz des FDGB auf seinem Weg zur zentralistisch geführten und parteigesteuerten Organisation gefördert hat, bleibt eher zweifelhaft. Denn in der Mitgliedschaft war ein erhebliches nicht- bzw. antikommunistisches Potential vorhanden, was Warnke durchaus realistisch registrierte. Allerdings lag das Hauptproblem nicht so sehr in den Nachwirkungen der DAF und ihrer Sozialpolitik, vielmehr erzeugte die mit einem „neuen Inhalt der Arbeiterbewegung“ begründete Kappung der aus der Weimarer Republik herüberreichenden, vor allem freigewerkschaftlichen Traditionslinie Widerstand im FDGB. Die Auseinandersetzungen

26 W.I. Lenin, Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki's, in: ders.: Werke, Bd. 32, Berlin 1972, S. 1–26, hier S. 2–5.

27 Till Bergner: Die Deutsche Arbeitsfront – das Vorbild für die deutsche Einheitsgewerkschaft?, in: www.geocities.com/tillbergner/daf.html.

28 Arbeitstagung des FDGB-Bundesvorstandes vom 1./2. November 1949 in Cottbus, Schlusswort Warnke, S. II/19 f., SAPMO-BA DY 34, 1140. Vgl. Brunner, Der Wandel des FDGB, S. 28.

zungen darüber hielten bis in den Spätsommer 1950 an, als der 3. FDGB-Kongress in aller Form die Führung durch die SED akzeptierte.²⁹

Warnkes Werdegang in den Jahren zwischen 1946 und 1959 wirft die Frage auf, inwiefern er durch die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht beeinflusst wurde. Generell führten die unterschiedlichen Vorstellungen der vier Besatzungsmächte von gewerkschaftlicher Interessenvertretung in ihren jeweiligen Zonen seit 1945 zu einer raschen Ausdifferenzierung in den Reihen der seit 1945 aktiven Gewerkschafter. Hinzu kam, dass Gewerkschaftsarbeit unter Besatzungsbedingungen ohnehin als Sonderfall zu betrachten war. In der SBZ fand Herbert Warnke eine Situation vor, die ihm sicher Anpassungsprobleme bereitete, die aber im Grunde seinen politischen Intentionen entsprach. Die ersten Jahre seiner Berliner Zeit standen stark unter dem Eindruck des SMAD-Befehls Nr. 234 vom 9. Oktober 1947, der das für die spätere DDR charakteristische Wechselspiel von Produktionsmobilisierung und Sozialpolitik einleitete.³⁰ Nach allem, was aus der frühen Nachkriegszeit von Herbert Warnke überliefert ist, ließ er eine starke Affinität zur Sowjetunion und deren Gewerkschaftsmodell erkennen.³¹ Man wird unschwer eine Verbindung zum Aufruf des FDGB-Bundesvorstandes vom 11. November 1949 erkennen können, in dem er alle Werktätigen der DDR aufforderte, „zu Ehren des 70. Geburtstages des unermüdlichen Kämpfers für Frieden und Sozialismus, J. W. Stalin“ eine Stunde länger zu arbeiten. Aus dem Ertrag sollte ein „Geschenk aller Arbeiter und Angestellten“ finanziert werden.³² Dieser Vorstoß wurde in den Betrieben der gerade erst gegründeten DDR vielfach als Provokation empfunden. Für Warnke war es jedoch positive Symbolpolitik.

Solche Aktionen und die vor allem auf den Funktionärebene des FDGB ausgetragenen Konflikte um die politische Subordination unter die SED, der offizielle Verzicht auf Tarifauseinandersetzungen und Arbeitskämpfe in der verstaatlichten Wirtschaft der SBZ/DDR wie auch die Ersetzung der Betriebsräte durch Betriebsgewerkschaftsleitungen machten die Situation um 1950 explosiv. Als noch gefährlicher erwiesen sich der Streit um die Einführung von Leistungslöhnen, das Drehen an der Normenschraube sowie die Mobilisierungskampagnen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung.³³ Hierdurch waren Interessen der Arbeiterschaft unmittelbar berührt. In dieser Situation führte Warnke heftige Attacken

29 Im Kampf für Frieden und Einheit – durch den Fünfjahrplan zum Wohlstand (EntschlieÙung des 3. FDGB-Kongresses, angenommen am 3. September 1950), in: Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950, Berlin, Werner-Seelenbinder-Halle, hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1950, S. 521–540, hier S. 530.

30 Peter Hübner: Betriebe als Träger der Sozialpolitik, betriebliche Sozialpolitik in der SBZ, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv. Bd. 2/1: 1945–1949. Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, Baden-Baden 2001, S. 920–943, hier S. 931 f.

31 Vgl. Herbert Warnke, Stalin als Freund und Helfer der Gewerkschaften, Berlin 1950.

32 Vgl. Thomas Friedrich: „Welch eine Kraft es gab, als Stalin sprach“. Personenkult und SED, Mainz 1992, S. 36 f.

33 Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 16–88.

gegen „Sozialdemokratismus“ und „Nurgewerkschaftertum“ im FDGB.³⁴ Er vertrat die „Parteilinie“ ohne erkennbare Anzeichen von Distanz. Die Mobilisierung zur Steigerung der Produktion versuchte er freilich, stärker als manch anderer, durch den Hinweis auf zu erwartende soziale Verbesserungen schmackhaft zu machen. Exemplarisch hierfür wurde sein Auftritt bei der Unterzeichnung des ersten Betriebskollektivvertrags am 21. Mai 1951 im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa.³⁵ Aber auch wenn er diesem Argumentationsmuster schon von Amts wegen verpflichtet war, trat Warnke vor allem als Verfechter der von der SED verfolgten wirtschaftspolitischen Mobilisierungsstrategie auf.

Die Folgen sind bekannt.³⁶ Manfred Wilke hat die Rolle, die der FDGB in der Zeit um den 17. Juni 1953 spielte, kritisch beleuchtet.³⁷ Drei Aspekte erscheinen dabei besonders wichtig: (1.) Herbert Warnke kannte die Situation in den Betrieben und bewertete die für die SED entstehenden politischen Risiken treffend. Er informierte auch Ulbricht darüber. (2.) Am 17. Juni reagierte er mit Maßnahmen zur Stabilisierung des FDGB-Apparates und dessen Einsatz zur Beendigung bzw. zur Verhinderung von Streiks. (3.) Nach der Niederschlagung des Aufstandes setzte er sich für eine Doppelstrategie ein: Harte Repression gegen „Provokateure“ und Streikaktivisten, aber keine Bestrafung jener, die ausschließlich gegen Normenerhöhungen protestiert hatten.³⁸

Im dritten Punkt sieht Wilke mit gutem Grund eine Vorwegnahme der kurz darauf auch von Erich Mielke für die Staatssicherheitsorgane getroffenen Entscheidungen. Gleichwohl wirft der von Helke Stadtland beschriebene Kontext ein etwas anderes Licht auf die Angelegenheit: Noch am 17. Juni 1953 wandte sich Otto Lehmann, seit 1950 Mitglied und 1952 Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, mit dem Ersuchen an das ZK der SED, Reformvorschläge des FDGB zur sozialen Befriedung der Arbeiterschaft veröffentlichen zu dürfen. Der Vorstoß blieb zunächst erfolglos. Am Tag darauf richtete Herbert Warnke die Bitte an Ulbricht, öffentlich darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften Vorschläge zur Verbesserung der Versorgung unterbreiten können.³⁹ Es ging also um einen Versuch, den FDGB als sozialpolitischen Akteur zu profilieren, der selbstständig und nicht nur als verlängerter Arm der SED handelte.⁴⁰ Zugleich kann man dahinter das Bestreben erkennen, in der Politik der SED für mehr soziale Ausgewogenheit und damit zur Ruhigstellung vor allem der Arbeiter zu sorgen. Der erwähnte dritte Punkt ließe sich in diesem Sinne eher als ein Deeskalations-

34 Brunner: Sozialdemokraten, S. 373–410.

35 Geschichte des FDGB, S. 371.

36 Vgl. die 2003 zum fünfzigsten Jahrestag des 17. Juni 1953 online veröffentlichte Bibliographie unter: www.17juni53.de/material/biblio.html.

37 Manfred Wilke: Der 17. Juni 1953 als Katastrophe des FDGB. Vortrag, gehalten am 12. Juni 2003 bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO).

38 Vgl. auch Eckelmann: Innenansichten, S. 27.

39 Stadtland: Herrschaft nach Plan, S. 153.

40 In diese Richtung zielten vor allem die Zentralvorstände der IG Metall und der IG Bau/Holz. Vgl. Eckelmann, Innenansichten, S. 28–35; s.a.: Im Rückblick. Die Industriegewerkschaft Bau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949. Die Industriegewerkschaft Bau-Holz in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main 1996, S. 53–59.

versuch deuten. Diese Doppelstrategie Warnkes wurde auf der 14. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes vom 13. bis 15. August 1953 deutlich sichtbar. Während man einerseits die sozialpolitische Karte zog, wurde gleichzeitig mit dem gegen den Vorsitzenden der IG Metall, Hans Schmidt, gerichteten Vorwurf der Fraktionsmacherei für politische Disziplinierung gesorgt.⁴¹

Doppelstrategie

Zu den Langzeitfolgen dieser Doppelstrategie gehörte auch, dass der FDGB seit 1953 vor allem in Lohn- und Normenfragen einen vorsichtigeren Kurs verfolgte. Völlig überraschend kam dieser Schwenk indes nicht. Bereits 1950 entstand im Bundesvorstand des FDGB ein Positionspapier „Sozialpolitische Aufgaben des FDGB“. Darin hieß es, die Lösung wirtschaftlicher Aufgaben bezwecke die Lösung sozialpolitischer Probleme, die wiederum abhängig seien von der Steigerung der Arbeitsproduktivität, vom Aufbau und der Weiterentwicklung der Wirtschaft und der Festigung des Staates. „Wirtschaft und Sozialpolitik bilden eine Einheit, die in Wechselwirkung stehen [sic]. Deshalb ist die Sozialpolitik nicht als Ressortpolitik zu betrachten!“ Ihre Aufgaben lägen „nicht nur in der sozialen Fürsorge an sich, sondern vielmehr in der sozialen Gesetzgebung durch die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne als die Voraussetzung zur Lösung unserer sozialen Probleme.“⁴² Als Verfasser kommt am ehesten Rudolf Kirchner in Betracht, zu dieser Zeit Abteilungsleiter im Bundesvorstand und seit September 1950 stellvertretender FDGB-Vorsitzender. Warnkes Billigung ist vorzusetzen, denn hier nahm der FDGB zu einem zentralen Problem Stellung. Man darf in diesem Papier vor allem einen Versuch sehen, die Ziele der zentralen Wirtschaftsplanung zu begründen. Die auffällige Betonung der Einheit von Wirtschaft und Sozialem zielte aber erkennbar auch gegen die verbreitete Praxis, hohe Produktionsleistungen zu fordern, soziale Verbesserungen jedoch hinauszuschieben.

Hier lag potentieller Konfliktstoff, wie die Geschichte der folgenden vier Jahrzehnte zeigen sollte. Damit ging auch eine gewisse Rivalität zwischen den Apparaten der SED und des FDGB einher. Warnke blieb zwar bemüht, den Forderungen der Partei zu entsprechen, versuchte aber immer wieder Sicherungen für den FDGB einzubauen. Es war durchaus typisch hierfür, wenn er 1950 in seiner Rede auf dem III. Parteitag der SED, voll im politischen Trend liegend, das „Nurgewerkschaftertum“ vieler FDGB-Funktionäre kritisierte, aber die unzureichende Unterstützung durch „viele Parteileitungen“ mit dafür verantwortlich machte.⁴³ Auf diese Weise wollte er offenbar den Druck mindern, dem der Gewerk-

41 Protokoll der 14. Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB vom 13. bis 15. August 1953, SAPMO-BA, DY 34, 6823.

42 Bundesvorstand des FDGB, Büro Kirchner, Sozialpolitische Aufgaben des FDGB – Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes oberstes Gesetz! (undat., ungez. Abschrift, wahrscheinlich April 1950), SAPMO-BArch DY-34, 25/125/2300.

43 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1.–3. Verhandlungstag, Berlin 1951, S. 143.

schaftsapparat durch die SED ausgesetzt war. Das war auch während der wiederholten Auseinandersetzungen um die heikle Lohn- und Normenproblematik zu beobachten. Als beispielsweise die Abteilung Arbeit und Löhne des Bundesvorstandes während der späten fünfziger Jahre in der Frage der Lohnsicherheit mit der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED aneinandergeriet, hielt Warnke, so gut es ging, seine Hand über die eigenen Leute, die in diesem Fall allerdings unterlagen.⁴⁴

Gleichwohl vermied er die offene Konfrontation mit den Parteigremien. Das fiel ihm vielleicht auch deshalb leichter, weil er sich aus der Positionskonkurrenz der DDR-Machtelite heraushielt. Aus der Krise von 1953 war er nicht nur unbeschadet hervorgegangen, sondern er rückte sogar in das Politbüro des ZK der SED auf.⁴⁵ Zu Ulbricht hielt er zu dieser Zeit und auch 1956, als es auf der Politbürositzung vor dem 28. ZK-Plenum zu massiver Kritik an diesem kam, in einer Art Vasallentreue.⁴⁶ Ulbricht gegenüber blieb Warnke absolut loyal. Wie etwa die „Erfindung“ der Kampagne für die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ zeigte, verband er die Rolle des „getreuen Eckhart“ durchaus auch mit pragmatischer Finesse.⁴⁷ Der Vorgang sollte weitreichende Folgen für die sozialistische Arbeitsgesellschaft der DDR haben: Am 22. Dezember 1958 beriet der Bundesvorstand des FDGB ein Papier zur Entwicklung von Brigaden der sozialistischen Arbeit. Man hatte dabei das erst einige Wochen alte Beispiel von Brigaden der kommunistischen Arbeit in der UdSSR vor Augen. Am 29. Dezember lag ein gemeinsamer Plan für eine „Bewegung zur Erringung des Titels ‚Brigade der sozialistischen Arbeit‘“ des Sekretariats des Bundesvorstandes und des Zentralrats der FDJ vor.⁴⁸ Ulbricht, offenbar in Kenntnis davon, aber übersehend, dass es hier erst um eine beabsichtigte Mobilisierungskampagne ging, fügte in den Entwurf seiner Neujahrsansprache den Satz ein: „Wir haben es hier mit der Bildung von Brigaden der sozialistischen Arbeit zur tun.“ Eilig reagierte Warnke mit dem Hinweis an Ulbricht, all dies sei erst Absicht und keine Realität. Ulbricht setzte mit überzogenen Formulierungen seine Autorität aufs Spiel.⁴⁹ Das Argument stach. Gleichwohl beeilte man sich. Schon am 3. Januar 1959 begann die Kampagne mit dem Aufruf einer Jugendbrigade aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld.⁵⁰ Warnke zeigte sich hier als geschickter Organisator mit einem Gespür auch für Risiken.

44 Hübner: Konsens, S. 62.

45 Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003, S. 207, S. 293.

46 Ebd., S. 439.

47 Hübner: Konsens, S. 223.

48 Ausführlicher bei Jörg Roesler: Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre, Berlin 1994, S. 31–33.

49 Warnke an Ulbricht, 29. Dezember 1958, SAPMO-BA DY-34, 3961.

50 Roesler: Inszenierung, S. 34.

Soziales Risikobewusstsein

Das Verhältnis zwischen Warnke und Ulbricht wurde in der Reformperiode der sechziger Jahre auf eine härtere Probe gestellt. Aber auch da suchte Warnke nicht den Konflikt, wie er sich überhaupt aus den Machtkämpfen jener Jahre im Politbüro des ZK der SED heraushielt. Nicht zuletzt daraus mag sich sein langes Verbleiben an der Spitze des FDGB erklären. Um sein Verhalten zu erklären, wird man ein gewisses Maß an Opportunismus in Rechnung zu stellen haben. Doch griffe dies als alleinige Begründung sicher zu kurz. Eine grundsätzliche Kritik oder gar Ablehnung der SED-Politik lag außerhalb jeglicher realistischen Annahme. Dies hätte die eigene, eng mit Geschichte von KPD und SED verwobene Biographie beschädigt. Warnkes Gewerkschaftsverständnis formte sich vor dem Hintergrund einer kommunistischen Parteisozialisation. Es erschien unter solchen Voraussetzungen undenkbar, dass er jemals den FDGB gegen die SED-Führung hätte in Stellung bringen können. Umso bemerkenswerter sind manche seit den sechziger Jahren zu beobachtenden Anzeichen von Frustration und wohl auch Amtsmüdigkeit. Die Momente, in denen Warnke gegenüber der Parteizentrale halbwegs offen eine kritische Position einnahm, blieben auch dann eher selten. Nie stellte er dabei das SED-Regime in Frage. Seine Kritik setzte vielmehr dort an, wo er Spielregeln der Parteiherrschaft verletzt sah und wo sein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit tangiert wurde.

Eine hierfür charakteristische Episode aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zeigt Warnke als einen auf Ausgleich bedachten Sozialpolitiker und zugleich als Mahnenden, der vor politischen Verwerfungen warnt. Anfang 1957, als in der DDR die Notwendigkeit von Lohn- und Preiskorrekturen diskutiert wurde, machte er sich in einer Politbürovorlage zum Fürsprecher der Bezieher von kleinen Einkommen: Lohnerhöhungen kämen ausschließlich der Arbeiterklasse zugute, auch bei Steuersenkungen profitiere sie. Von Preissenkungen hingegen hätten „die anderen Schichten der Bevölkerung (Handwerker, Bauern, Kapitalisten, Freischaffende usw.) die über höhere Einkommen verfügen, einen größeren Nutzen [...] als die Arbeiterfamilien. Zum anderen kommt auch innerhalb der Arbeiterklasse eine Preissenkung in größerem Maße denjenigen Gruppen zugute, die bereits über hohe Einkommen verfügen, während auf dem Wege der Lohnerhöhung und Steuersenkung ein unmittelbarer Einfluss genommen werden kann auf die Erhöhung der Lebenshaltung ganz bestimmter Gruppen in der Arbeiterklasse, welche in der Periode des ersten Fünfjahrplanes einen relativ geringen Anteil an der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards hatten.“⁵¹ Zwar reiche die Datenbasis noch nicht aus, um einen „fest fundierten Standpunkt“ zu formulieren, doch müsse darauf hingewiesen werden, „dass es einige äußerst ernste Erscheinungen gibt und große Unzufriedenheit und Empörung unter bestimmten Kreisen der Arbeiter und Angestellten. Das gilt besonders für die kaufmännischen und technischen Angestellten, die seit 1950 keinen Pfennig Erhöhung der Tarifgehälter erhalten haben, obwohl die Berechtigung einer Veränderung des öfteren anerkannt und eine Lösung in Aussicht gestellt wurde. Das trifft auch besonders zu für die gewerblichen Arbeiter in den kommunalen Verwaltungen,

51 Ministerium für Arbeit: Plan der lohnregulierenden Maßnahmen 1956–1960. Politbürovorlage, 22. Februar 1957, S. 2 f., BA Q-2, 1255.

Krankenhäusern, Schulen, Theatern und anderen staatlichen Einrichtungen sowie bekanntlich in den Einrichtungen unserer Sozialversicherung. Es besteht gegenwärtig in vielen dieser Einrichtungen eine ernste Gefahr für die Aufrechterhaltung des Betriebes, weil Handwerker und Heizer in grossem Masse kündigen.“⁵²

Damit traf Warnke einen wunden Punkt. Über Jahre war die Lohn- und Einkommenspolitik in der DDR auf die, wie manche meinten, „richtige Arbeit“, also die der Produktionsarbeiter, ausgerichtet gewesen. Der Hinweis auf den Einkommensrückstand anderer Beschäftigtengruppen zielte darauf, die entstandenen Diskrepanzen nicht zu groß werden zu lassen. Doch schon das stand quer zur lohnpolitischen Strategie jener Jahre. Ähnliche Argumente fand Warnke kurz darauf im Hinblick auf die Beendigung der Lebensmittelrationierung und die damit verbundenen Ausgleichszahlungen sowie später bei den Renten und im Umgang mit den Niedriglohngruppen. Er wollte offenkundig auf soziale Schieflagen aufmerksam machen und Konflikten vorbeugen.⁵³ Man gewinnt den Eindruck, dass hier auch Schaden von der Partei abgewendet werden sollte. Im Übrigen hatte auch Ulbricht nichts gegen solche Argumente einzuwenden. Nur stellte er sie unter den Vorbehalt der verfügbaren materiellen und finanziellen Ressourcen. Gleichwohl bleibt es bemerkenswert, dass Warnke überhaupt versuchte, einen gewissen Druck auszuüben.

Orientierungsschwierigkeiten in der NÖS-Periode

Allerdings bedeuteten Warnkes Vorstöße nicht, dass er das innerparteiliche Machtgefüge um einen Gewerkschaftsflügel mit separater Interessenstruktur ergänzen wollte. Als die sozialen Risiken nach dem Mauerbau von 1961 minimiert schienen, hatte er keine Probleme, sich zum Fürsprecher des auf einen Lohnstop hinauslaufenden „Produktionsaufgebotes“ zu machen. Auch nachdem sich dieser Versuch mehr und mehr als kontraproduktiv erwiesen hatte, verteidigte er die ökonomischen Konsolidierungsbemühungen der SED-Führung, ohne daran soziale Forderungen zu knüpfen. Auf der 15. Tagung des Bundesvorstandes Mitte November 1962 betonte Herbert Warnke, die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Lebensstandards seien erst noch zu erarbeiten.⁵⁴ Denn die DDR läge bei der Arbeitsproduktivität durchschnittlich um 20 Prozent unter dem Niveau der Bundesrepublik, bei der Baustoff-, metallurgischen und elektrotechnischen Industrie sei der Rückstand sogar noch größer. Fest stehe also, „dass wir in unserer eigenen Volkswirtschaft in Zukunft mehr akkumulieren, dass wir von allen Seiten her die Arbeitsproduktivität erhöhen müssen, um die

52 Ebd., S. 4.

53 Hierzu ausführlicher: Peter Hübner: Betriebe als Träger der Sozialpolitik, betriebliche Sozialpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961: Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004, S. 744–746.

54 Der Volkswirtschaftsplan und die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Aus dem Referat des Vorsitzenden des FDGB, Kollegen Herbert Warnke, auf der 15. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB, in: Tribüne vom 17. November 1962, Beilage S. 3.

Arbeiter-und-Bauern-Macht ökonomisch zu festigen und Voraussetzungen für die weitere Erhöhung des Lebensstandards zu schaffen“.⁵⁵

Im Vorfeld der 1963 begonnenen Wirtschaftsreform machte der FDGB zunächst jeden Kursschwenk Ulbrichts mit. Ebenso vehement, wie man im Herbst 1961 das „Produktionsaufgebot“ propagiert hatte, ermahnte man ein Jahr darauf die Betriebe, den Lohnfonds voll in Anspruch nehmen, um eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Es gebe kein Gesetz, wonach der Durchschnittslohn nicht steigen dürfe.⁵⁶ Dass man damit bei Betriebsleitungen und Funktionsträgern des FDGB einige Irritationen auslöste, nahm Warnke in Kauf.⁵⁷ Allerdings machte er in dieser Übergangsphase zum NÖS keine gute Figur. Er schien weder die politischen Konsequenzen des NÖS noch dessen sozialpolitische Herausforderung zu überblicken. Auch als der Bundesvorstand des FDGB Ende 1962 zur Vorbereitung des NÖS Stellung nahm, war von sozialpolitischen Schlussfolgerungen keine Rede. Lediglich Probleme des Gesundheits- und Arbeitsschutzes hatte man im Blick.⁵⁸ Im zentralen Parteiapparat der SED blieb die Zurückhaltung des FDGB nicht unbeachtet. Dieser, so hieß es in einer „Einschätzung“ der Novembertagung des Bundesvorstandes, müsse „eine ganze Reihe von Problemen mit tiefen Auswirkungen auf das Leben der Arbeiter“ stärker beachten, so etwa „die Lohnwirksamkeit bei der Einführung und Anwendung der neuen Technik“, die Qualifizierung, den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie die soziale und kulturelle Betreuung der Werktätigen.⁵⁹

Wie ein schwerfälliger Tanker nahm der FDGB erst mit einiger Verzögerung in dieser Richtung Fahrt auf. Im März 1964 forderte Herbert Warnke, „dass man sich um die Sorgen der Menschen kümmert, um die Wohnungsprobleme, um das Werksküchenessen, um den Berufsverkehr usw. Tun wir das nicht, dann spüren die Menschen einfach nicht, dass es um sie geht, daß wir sie auffordern, für sich selbst eine neue Gesellschaft zu schaffen, den Sozialismus aufzubauen.“⁶⁰ Jetzt erst ging man daran, den sozialen Risiken des NÖS mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Ein erster konkreter Schritt war die Bildung von „Kommissionen für Sozialpolitik“ bei den Kreisvorständen des FDGB.⁶¹ Sie sollten die in sozialer Hinsicht konfliktträchtigen Effekte des NÖS möglichst an Ort und Stelle entschärfen. Allerdings

55 Bundesvorstand des FDGB: Der Volkswirtschaftsplan und die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Referat Herbert Warnkes auf der 15. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB am 14./15. November 1962, S. 19, SAPMO-BArch DY 34, 6881.

56 Bundesvorstand des FDGB: Schlusswort Rolf Bergers zur 15. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB am 14./15. November 1962, SAPMO-BArch DY 34, 6881, Bl. 283.

57 Bundesvorstand des FDGB: Der Volkswirtschaftsplan und die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Referat Herbert Warnkes auf der 15. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB am 14./15. November 1962, S. 3, SAPMO-BArch DY 34, 6881.

58 Ebd., S. 9.

59 Bundesvorstand des FDGB: Einschätzung der Diskussion auf der 15. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB, ungez. vom 16. November 1962, S. 5 f., SAPMO-BArch DY 34, 6881.

60 Bundesvorstand des FDGB: Schlusswort Herbert Warnkes auf der 2. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes, 11.–13. März 1964, Tagungsprotokoll S. 473, SAPMO-BArch DY-34, 6889.

61 Richtlinien für die Tätigkeit der Kommissionen für Sozialpolitik bei den Kreisvorständen des FDGB. Beschluss des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB vom 3. Juli 1965, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, Ostberlin 1970, S. 274–276.

verfügte der FDGB weder über eine situationsgerechte sozialpolitische Konzeption noch über die entsprechende personelle Kompetenz. Hier setzte eine Initiative zur Bildung eines Instituts für Sozialpolitik an, die maßgeblich vom Leiter des „Instituts Gesundheits- und Arbeitsschutz/Sozialversicherung“ an der FDGB-Hochschule Bernau, Gerhard Tietze, vorangetrieben wurde.⁶² Der Bundesvorstand musste in dieser Angelegenheit geradezu zum Jagen getragen werden. Immerhin befand er nach einigem Hin und Her am 15. Januar 1965 die Bildung eines „Instituts Sozialpolitik der Gewerkschaften“ für sinnvoll. Schließlich gab die 5. Tagung des Bundesvorstandes am 4./5. Februar eine direkte Empfehlung zur Institutsbildung ab.⁶³ Der ganze Vorgang zeigte Warnke zurückhaltend agierend, aber doch fördernd. In der Folge entwickelte man in Bernau zwar ein Konzept der „sozialistischen Sozialpolitik“⁶⁴, doch das eigentlich Spannende war etwas anderes: Zur gleichen Zeit zog der zentrale Parteiapparat mit Hilfe des „Strategischen Arbeitskreises“ zur Vorbereitung des VII. Parteitages der SED und mit den später gebildeten Prognosegruppen die sozialpolitische Diskussion in zunehmendem Maße an sich. Mehr noch: Das Gewerkschaftsinstitut blieb dabei weitgehend unberücksichtigt.⁶⁵

Rivalität und Frustration

Das wirft die Frage auf, wie es um das Verhältnis der Spitzengremien von FDGB und SED stand und welche Position Herbert Warnke dabei einnahm. Angesichts der vom FDGB seit 1950 akzeptierten „Führungsrolle“ der SED war diese Beziehung von vornherein asymmetrisch. Gleichwohl kamen Ulbricht und Warnke in dieser wohl auch ihrem Naturell entsprechenden Asymmetrie recht gut miteinander aus. Anders lagen die Dinge im Verhältnis zwischen den Abteilungen des Bundesvorstandes und dem ZK-Apparat der SED, insbesondere der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik. Hier baute sich über die Jahre hinweg eine „innige“ Rivalität auf, bei der die FDGB-Funktionäre regelmäßig den Kürzeren zogen. Warnke kannte diese Situation genau und suchte sie zu entspannen. Trotzdem verstärkte sich in den Krisenjahren 1956/1957 ein schon vorher erkennbarer Trend: Der Bundesvorstand des FDGB wurde von der SED-Führung immer weniger ernst genommen.

Die folgende Szene, eine Tagung der Parteigruppe des FDGB-Bundesvorstandes am 27. Mai 1957, dokumentiert eine Situation, die sehr stark unter dem Eindruck des Machtkampfes in der Parteispitze stand. Warnke fungierte hier auch als Parteigruppenorganisator.

62 Institut Gesundheits- und Arbeitsschutz/Sozialversicherung: Vorschlag zum Inhalt und zur Struktur des Aufgabengebietes „Sozialpolitik“ vom 1. Juli 1964, SAPMO-BArch DY-34, 574.

63 Institut Sozialpolitik der Gewerkschaften: Gegenstand, Struktur und Arbeitsordnung des Instituts vom 1. Oktober 1966, S. 1, SAPMO-BArch DY-34, 6788.

64 Vgl. Hochschule der deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“ (Hg.): Die betriebliche Sozialpolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften (Thesen), Bernau 1969; s.a.: Institut Gesundheits- und Arbeitsschutz/Sozialversicherung: Konzeption für den Gegenstand, den Inhalt und die Aufgaben des Instituts Sozialpolitik der Gewerkschaften vom 18. Januar 1965, S. 1, SAPMO-BArch DY-34, 388.

65 Peter Hübner: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9: Deutsche Demokratische Republik 1961–1971: Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Kapitel II: Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder (in Vorbereitung zum Druck).

Anders als üblich war kein Vertreter der „zuständigen“ ZK-Abteilung eingeladen worden. Er kam trotzdem, und von ihm ist ein Bericht über diese fünfstündige Sitzung überliefert.⁶⁶ Warnke hatte seine Leute zusammengerufen, um mit ihnen eine Stellungnahme zu diskutieren, die er zu einem am 18. Mai 1957 stattgefundenen Treffen mit den Vorsitzenden der Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften und dem in Ungnade gefallenem Sekretär für Wirtschaft des ZK, Gerhart Ziller, abzugeben gedachte. Anders als vorgesehen, hakte sich die Diskussion zunächst an Vorwürfen fest, die wegen der etwas üppig erscheinenden Ausstattung einiger Arbeitszimmer des Bundesvorstandes mit neuen Möbeln aufgekomen war. Der ungebetene Gast aus dem ZK hielt dazu fest:

„Der Genosse Helbig⁶⁷ betonte, dass diese ganzen Vorwürfe einem bestimmten Zweck dienen würden. Mit solchen Sachen will man nachweisen, dass

1. in den Gewerkschaften eine ernste Lage vorhanden wäre;
2. daß die Funktionäre mit sozialdemokratischer Ideologie behaftet sind und
3. sich die Sekretäre von den Massen gelöst haben, zu Spießern werden, was ja ebenfalls ein Ausdruck des Sozialdemokratismus sei.

(Diese Ausführungen wurden in einer sehr zynischen Art und Weise vorgetragen.)“⁶⁸

Nachdem festgelegt worden war, keine neuen Möbel zu erwerben, die angeschafften aber zu behalten, wandte sich die Diskussion wieder dem „Fall Ziller“ zu.

Weiter hieß es im Bericht:

„Der Genosse Warnke führte dann die Beratung weiter und erklärte, dass man zu einigen grundsätzlichen Fragen der Arbeit der Abteilungen im ZK und bestimmter Erscheinungen in der Partei gegenüber den Gewerkschaften Stellung nehmen müsse.

Die Abteilung Gewerkschaften im ZK schaffe eine Atmosphäre gegen die Gewerkschaften in der Partei. Sie bereite Entscheidungen vor, ohne dass wir etwas davon wissen. Das alles führt zu einem schlechten Zustand. Genosse Warnke brachte dann eine Reihe von Beispielen über das Verhalten von Parteifunktionären gegenüber Funktionären der Gewerkschaft. Z. B. wurde über den Genossen Florian Schenk, Mitarbeiter des Bundesvorstandes, durch den Vorsitzenden der KPKK in Genthin, Genossen Barthel, gesagt, wenn er früher Parteisekretär gewesen sei, warum er sich dann jetzt erniedrige, in der Gewerkschaft zu arbeiten.

Oder – die Genossin Anni Posselt, Vorsitzende der IG Textil-Bekleidung-Leder, wurde von einem Parteisekretär des Betriebes nicht empfangen bzw. stehengelassen.“⁶⁹

66 Werner Heilemann, Abt. Gewerkschaften, Sozial- und Gesundheitswesen, 28. Mai 1957: Information über die Sitzung der Parteigruppe des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 27. Mai 1957, SAPMO-BA DY-30, IV 2/6.11/43.

67 Bis 1958 Mitglied des ZK der SED und bis 1959 Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes.

68 Bericht Heilemann (s. Anm. 66), Bl. 1–3.

69 Ebd., Bl. 5 f.

Warnke nannte noch andere Fälle dieser Art und fuhr laut Bericht fort:

„Als weiteres Beispiel führte er die Ausarbeitung der Grundsätze für die Tätigkeit der Gewerkschaftskommissionen bei den Bezirksleitungen der Partei an. Auch hierüber habe er keine Kenntnis gehabt. Nach Einsicht in dieses Dokument müsse er feststellen, dass die entwickelten Grundsätze der Liquidation des Bundesvorstandes und der Zentralvorstände gleich käme. Es deute alles darauf hin, dass über alles die Partei zu bestimmen hat und sich damit die Umwandlung der Gewerkschaften in eine Unterabteilung der Partei vollziehen würde. [...]

Am anschaulichsten wurde die Redaktion durch den Vorfall mit dem Genossen Walter Tille, Vorsitzender der IG Bau-Holz, in der Volkskammer anlässlich der Beratung des Haushaltsplanes demonstriert. Der Genosse Tille habe plötzlich seine Rede unterbrochen und sei abgetreten mit der Bemerkung, dass er nicht mehr weitersprechen könne. Mitglieder der SED-Fraktion hatten der FDGB-Fraktion vorgeworfen, dass sie sich nicht sofort um den Genossen Tille gesorgt hätten. Das sei eine Lüge. Der Genosse Tille wurde sofort vom Genossen Warnke aufgesucht, er hatte einen Weinkrampf gehabt und Nervenzusammenbruch. Die Ursache dieses Zustandes läge in der Arbeitsweise der Partei. Der Genosse Tille hat ausgesagt, dass er Angst hatte, vor den leitenden Parteifunktionären ein falsches Wort zu gebrauchen und nachher verprügelt zu werden. Darum konnte er nicht weitersprechen. (Der Genosse Warnke hat über die Aussprache mit Genossen Tille eine besondere Niederschrift angefertigt, die, wie er sagte, dem Genossen Ulbricht bekannt sei). Das Ergebnis dieses Vorfalls ist auf Angstzustände gegenüber Parteifunktionären zurückzuführen.

Der Genosse Warnke fragte dann, ‚wer ist Genosse Tille‘. Er charakterisierte seinen Lebenslauf und schlussfolgerte, dass, wenn solche Funktionäre in eine solche Lage kommen, es als ein ernster Zustand betrachtet werden müsste. (Diese Ausführungen des Genossen Warnke wurden mit großer Verbitterung und sehr zugespitzt vorgetragen).⁷⁰

Das Dokument zeichnete eine Wirklichkeit nach, die nicht etwa als Ausnahmesituation zu betrachten war, als nach dem turbulenten Jahr 1956 und der folgenden „Revisionisten“-Hatz bei vielen Funktionären in der SED und auch im FDGB die Nerven blank lagen. Dieses Unterordnungsverhältnis des FDGB unter die SED, das die Grenze zu Demütigung und Verachtung stellenweise schon überschritt, dauerte auch weiter an. Immer wieder versuchte Warnke dagegenzuhalten, so etwa als er ein Jahr später Anlass sah, auf eine einseitige Schuldzuweisung durch die Kommission Agitation des ZK der SED zu reagieren. Diese hatte die Verantwortlichen für Mängel in der Produktion von Massenbedarfsgütern ausschließlich unter den Funktionären des FDGB ausfindig gemacht, ohne die Wirtschaftsleitungen in die Kritik einzubeziehen.⁷¹

70 Ebd., Bl. 7f.

71 ZK-Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik: Brief von H. Warnke, Vors. d. FDGB, an ZK der SED, Kommission für Agitation, 22. Mai 1958, SAPMO-BA, DY-30, IV 2/6.11/38.

Vielleicht lag ein Grund für den dann in der NÖS-Periode zu beobachtenden Attentismus Warnkes in solchen Erfahrungen. Gleichwohl versuchte er auch in diesen Jahren seiner Vorstellung von den Aufgaben des FDGB Geltung zu verschaffen. Wie es hierum stand, zeigt sein Brief vom Februar 1967 an den Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED, Günter Mittag. Geschrieben wurde er zu einem Zeitpunkt, als die Diskussionen des erwähnten Strategischen Arbeitskreises bei der Parteiführung in die Schlussrunde gingen. Auch aus diesem Dokument wird hier ausführlicher zitiert, um die Situation und Position des FDGB-Vorsitzenden anhand seiner eigenen Wahrnehmung zu verdeutlichen:

„Werter Genosse Dr. Mittag!

Gestern haben wir, Du und ich, uns kurz über die Aussprache mit der Arbeitsgruppe Sozialpolitik zur Vorbereitung des Parteitages unterhalten. Vom Genossen Fritz Rösel⁷² hatte ich bereits einige mündliche Informationen über diese Beratung bekommen, doch erhielt ich heute einen ausführlicheren schriftlichen Bericht, deshalb möchte ich Dir noch nachfolgend meine Gedanken dazu mitteilen:

Ich bin völlig einverstanden damit, dass in allen Fragen vom neuen ökonomischen System und damit vom Leistungsprinzip ausgegangen werden muss. Mit anderen Worten: Alle durchzuführenden Maßnahmen müssen auf Leistungssteigerung orientiert werden.

[...]

Das sind einige Gedanken zur Diskussion. Aber ich habe noch eine gewisse Sorge: Die ganzen Probleme werden jetzt in der oben erwähnten Arbeitsgruppe behandelt. Das ist natürlich schon deswegen notwendig, weil es sich um Probleme des Parteitages handelt. Aber meine Sorge besteht darin, dass die leitenden Organe des Bundesvorstandes des FDGB (Präsidium oder Sekretariat) wenig Einfluss auf diese Beratungen haben. Es handelt sich schließlich um ureigenste Angelegenheiten der Gewerkschaften. Bekanntlich gab es im Bundesvorstand des FDGB bei der Einführung der 5-Tage-Woche jede 2. Woche ziemliche Kritik am Präsidium, weil der Bundesvorstand erst aus der Presse erfuhr, dass er die damaligen Maßnahmen vorgeschlagen habe. Nur das Präsidium war informiert.

Natürlich bin ich nicht der Meinung, dass man die obenerwähnten Probleme in einer Plenartagung des Bundesvorstandes behandeln könnte, aber es steht doch, glaube ich, die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, sie einmal im Präsidium oder im Sekretariat zu behandeln, eben weil es sich um gewerkschaftliche Probleme handelt, zu denen auch die engere kollektive Leitung des Bundesvorstandes ihre Meinung sagen müsste. Daß die Entscheidung letzten Endes bei der Partei liegt, ist selbstverständlich.“⁷³

72 Fritz Rösel war zu dieser Zeit Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes, seines Präsidiums und Sekretariats, verantwortlich für Sozialversicherung, Feriendienst, Arbeiterversorgung und gewerkschaftliche Betreuung sowie Vorsitzender des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik.

73 ZK-Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik: Brief H. Warnkes an G. Mittag, 1. Februar 1967, SAPMO-BA, DY-30, IV A2/6.11/114.

Schlaglichtartig erhellen diese Beispiele eine Reihe von Konsequenzen, die von der FDGB-Spitze nicht intendiert waren, die sich aber aus dem Status des Gewerkschaftsbundes als Massenorganisation der SED keinesfalls überraschend ergaben. Herbert Warnke hatte diese Entwicklung an maßgebender Stelle mit vorangetrieben. Seine Kritik deutet aber eine zunehmende Differenz zwischen seinen Vorstellungen von den Aufgaben des FDGB und der politischen Wirklichkeit an. Der Brief an Mittag symbolisierte jedoch nur scheinbar eine Entscheidungssituation, in der Warnke darüber nachgedacht haben könnte, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Trotz frustrierender Erfahrung stellte er den Führungsanspruch der SED über den FDGB zu keinem Zeitpunkt infrage. Er übte sich bis zuletzt in Parteidisziplin. Ob er 1970/71 im Hinblick auf den FDGB und sein Verhältnis zur SED Hoffnungen in den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker setzte, bleibt im Ungewissen. Zumindest trug er Honeckers Kurs mit, ohne allerdings sonderliches Engagement zu zeigen.⁷⁴ Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 schickte er seine Stellvertreterin Johanna Töpfer als Rednerin des FDGB vor.⁷⁵ Bevor sie auftrat, hatte Honecker den Gewerkschaftsleitungen „ans Herz“ gelegt, sich mehr um „die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“ zu kümmern und hinzugefügt: „Eine bestimmte Portion Hartnäckigkeit in dieser Sache gehört zum guten Gewerkschafter.“⁷⁶ Das konnte als Kritik an Warnkes bisheriger Amtsführung verstanden werden.

Der „Gemeinsame“ Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen „Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes“ vom 28. April 1972 und der 8. FDGB-Kongress im Juni 1972 zeigten den FDGB in Kiellinie mit der Politik der neuformierten SED-Führung. Auch in seinen letzten Jahren verstand sich Warnke als deren Beauftragter im Bundesvorstand des FDGB.

Private Nischen

Warnkes Biographie geriet zum Sittenbild eines politischen Systems, dessen totaler gesellschaftspolitischer Gestaltungsanspruch sich auch auf seine Hauptakteure erstreckte. Er akzeptierte das und sah wohl auch keine Alternative, die für ihn akzeptabel gewesen wäre. Allerdings zog Herbert Warnke auch eine private Schutzbarriere gegen die Zumutungen, die er von Amts wegen auszuhalten hatte: In der knappen Freizeit fand er Gelegenheit zu längeren Wanderungen, spielte Schach und Tennis, züchtete Wellensittiche, legte eine große Schallplattensammlung an und erzählte seinen Kindern mit Vorliebe Tiergeschichten.⁷⁷ Seine ersten Biographen berichten, dass er einige dieser Geschichten aufgeschrieben habe,

74 Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 398, S. 434.

75 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15.–19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1.–3. Beratungstag, Berlin 1971, S. 334–340.

76 Ebd., S. 80.

77 Deutschland: Vertrauensmann, S. 197–201.

doch fehlte ihm die Zeit, dies fortzusetzen.⁷⁸ Offenbar hatte er damit im schwedischen Exil begonnen, denn bereits 1946 erschien in Stockholm unter dem Synonym Peter Herbert sein später auch in deutscher und ungarischer Sprache veröffentlichtes Buch „Pelles Tiere“.⁷⁹ Dessen unveröffentlicht gebliebene Fortsetzung „Die Reise nach Aprikanien“ befindet sich als Manuskript im Bundesarchiv.⁸⁰ Überhaupt war er literarisch interessiert. Während der Internierung hatte er Artikel und Gedichte verfasst sowie mitunter auch schwedische Lyrik ins Deutsche übersetzt. Später versorgte er seine in Hamburg lebende Schwester, die dort eine Leihbücherei betrieb, mit Neuerscheinungen aus der DDR.⁸¹

Vielleicht lassen sich solche Aktivitäten als Refugien der Privatheit deuten. Doch standen sie im Falle Warnkes nicht im Gegensatz zur Karriere an der Spitze des FDGB. Sie sind vielmehr als eine Bedingung zu begreifen, die zur Ausübung dieser Funktion gehörte. Man kann in ihnen ein mentales Stabilisierungsreservoir sehen. Die Annahme, angesichts der skizzierten Ärgernisse und Zumutungen sei für den 1. Vorsitzenden des FDGB ein Rücktritt in Betracht gekommen oder er hätte gar den Bundesvorstand oder die ganze Organisation in Front gegen den SED-Apparat bringen können, wäre kontrafaktisch. Herbert Warnke blieb als FDGB-Vorsitzender bewusst der kommunistischen Parteidisziplin verpflichtet, wie er sie seit Beginn seines politischen Engagements praktiziert hatte. Selbst jene Aspekte in der Politik der SED, die er kritisch sah und die mitunter auch demütigend waren, blieben für ihn wohl immer das kleinere Übel.

78 Ebd., S. 198.

79 Peter Herbert: *Pelles djur: En berättelse om sparven Kalle Johansson, den glade ekornen Joppe, snigeln Krypa, grodan Sumpa, Fanny och Buddy samt den mallige Jakob* (übers. aus dem Deutschen v. Maud Löfgren), Stockholm 1946; ders.: *Pelles Tiere: Ein lustiges Kinderbuch*, Erfurt 1949; ders.: *Pelles Tiere: Ein fröhliches Kinderbuch*, Berlin, neubearb. Aufl. 1955 (2. Aufl. 1957); ders.: *Pelle állatai* (übers. aus dem Deutschen v. Irén Farkas), Budapest 1962.

80 Für diesen Hinweis danke ich Frau Pautsch und Herrn Voß von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Schreiben an den Verf. vom 15. März und vom 16. April 2004).

81 Für die Auskunft vom 6. Januar 2004 bin ich Herrn Prof. Dr. Gerhard Tietze und Herrn Prof. Dr. Günter Schmunk, beide Bernau, zu Dank verpflichtet.